

# Frühlingssession 2026: Überblick aus Sicht des VBSA

## Highlights:

### Ausländische Handelsplattformen

In der Frühjahressession wurden erneut Vorstösse eingereicht, welche insbesondere die ausländische Online-Handelsplattformen wie Temu oder Shein ins Visier nehmen, weil sie sich der Verantwortung für Entsorgung, Recycling und Produktsicherheit weitgehend entziehen. Gefordert werden ihre Gleichstellung mit inländischen Herstellern und Händlern bei Rücknahme- und Entsorgungspflichten, Transparenz über in der Schweiz verbotene bzw. nicht konforme Produkte sowie ihre Einbindung in die umweltrechtlichen Abgabe- und Recyclinggebühren. Ziel all dieser Initiativen ist es, Konsumentenschutz und Umweltschutz zu stärken, Trittbrettfahrerei zu beenden und faire Wettbewerbsbedingungen gegenüber inländischen Anbietern herzustellen. Für den VBSA sind diese Geschäfte von Interesse, da der ausländische Onlinehandel direkte Auswirkungen auf den Entsorgungsfluss haben kann. Die gegenwärtigen Handelsvolumen und die Erkenntnisse der Qualität und Kurzlebigkeit vieler Produkte legt nahe, dass die Produkte mehrheitlich nicht lange im Materialkreislauf bleiben bzw. bleiben sollen.

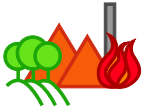
### Klimapolitik nach 2030

In der Frühjahressession wurden auch vermehrt Vorstösse zur Klimapolitik nach 2030 eingereicht. Diese kreisen um die Fragen, wie stark die Schweiz ihre Emissionen im Inland reduziert, wie ein geplanter Systemwechsel von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu einem Emissionshandelssystem (EHS) für Gebäude und Verkehr konkret ausgestaltet wird und welche Rolle dabei Auslandkompensation spielt. Sie adressieren die Auswirkungen dieses Systemwechsels auf erneuerbare Energien, Wirtschaft und Kantone sowie die künftige Verwendung der Einnahmen aus einem EHS. Zudem wird verlangt, dass die Klimapolitik nach 2030 konsequent auf wissenschaftlichen Grundlagen, Szenarien und einem strukturierten Austausch mit Hochschulen wie ETHZ und EPFL beruht. Diese Geschäfte sind für den VBSA deshalb interessant, weil die Klimapolitik nach 2030 eng mit der CO<sub>2</sub>-Abscheidung auf den KVA verbunden ist.

## Inhaltsverzeichnis

<b>Behandelte Geschäfte</b> .....	<b>5</b>
<b>Im Nationalrat (NR)</b> .....	<b>5</b>
Motion (SR, Pierre-Yves Maillard, SP) - Schaffung einer Wertschöpfungskette für rezykliertes Glas in der Schweiz.....	5
<b>Im Ständerat (SR)</b> .....	<b>5</b>
Interpellation (SR Pascal Broulis, FDP) - Export von bituminösen Abfällen nach Holland. Welche nachhaltigen und wirtschaftlich tragfähigen Alternativen gibt es? .....	5
Motion (SR Würth) - Ausländische Online-Handelsplattformen. Transparenz über in der Schweiz verbotene Produkte herstellen.....	5
<b>Pendente Geschäfte</b> .....	<b>6</b>
<b>Im Nationalrat (NR)</b> .....	<b>6</b>
Interpellation (NR Bastien Girod, Grüne; übernommen von NR Aline Trede) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrrichtverbrennungsanlagen.....	6
Interpellation (NR Gabriela Suter, SP) – Standards und Qualität der CO <sub>2</sub> -Entfernung.....	6
Interpellation (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung? .....	6
Interpellation (NR Brenda Tuosto, SP) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen.....	6
Interpellation (NR Christophe Clivaz, Grüne) – Wie steht die Schweiz zu einer Regulierung der Plastikverschmutzung durch Zigarettenfilter? .....	7
Interpellation (NR Ursula Zybach, SP) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen .....	7
Interpellation (NR Martine Docourt, SP) - Verhandlungen über ein globales Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Bilanz und wie weiter? .....	7
Interpellation (NR Marionna Schlatter, Grüne) - Für ein wirksames Plastikabkommen und weniger Plastik in der Schweiz. Wie weiter nach dem Scheitern von Genf? .....	7
Interpellation (NR Roman Bürgi, SVP) - Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO <sub>2</sub> -Abscheidung in KVA.....	8
Motion (Fraktion SVP) – Zurück zur Vernunft. Austritt aus dem Pariser Klimaübereinkommen.....	8
Motion (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - (Fast)fashion. Kreislaufwirtschaft mithilfe eines Schweizer Fonds für nachhaltige Mode .....	8
Motion (NR Ursula Zybach, SP) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit .....	9
Motion (NR Marionna Schlatter, Grüne) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot .....	9
Motion (NR Reto Nause, Mitte) - Brandgefährlich! Kostendeckende Vergütung als Voraussetzung einer Branchenanerkennung im Bereich von E+E Recycling .....	9
Motion (NR Christian Imark, SVP) – Recyclinggebühr für die Brandbekämpfung in Abfall- und Recyclingbetrieben einsetzen.....	9

Interpellation (NR Christine Bulliard-Marbach) – CO2-Kompensation nach 2030 .....	10
Motion (NR Lorenzo Quadri, LEGA) - Nein zu neuen Klimaabgaben. Keine nationale Abfallentsorgungsgebühr.....	10
<b>Im Ständerat (SR)</b> .....	10
<b>Standesinitiative</b> .....	10
Standesinitiative (Kanton Genf) – Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmangel .....	10
<b>Neu eingereichte Geschäfte</b> .....	<b>11</b>
<b>Im Nationalrat (NR)</b> .....	11
Interpellation (NR Wismer-Felder, Mitte) – Klimapolitik nach 2030: Vergleichbarkeit und Auswirkung auf erneuerbare Energien .....	11
Interpellation (NR Ursula Zybach, SP) - Klimapolitik nach 2030: Vergleichbarkeit und Auswirkungen - Wissenschaftsbasis .....	11
Interpellation (NR Matthias Samuel Jauslin, Grüne) - PFAS: Wer zahlt die Milliardenrechnung der Ewigkeitschemikalien? .....	11
Interpellation (NR Sophie Michaud Gigon, Grüne) - Online-Versandhandelsplattformen : Trittbrettfahrer in der Finanzierung der Schweizer Recyclingsysteme.....	11
Parlamentarische Initiative (NR Monika Rüeegg, SVP) - Ausländische Online-Handelsplattformen dem USG unterstellen .....	12
<b>Im Ständerat (SR)</b> .....	12
Interpellation (SR Mathias Zopfi, Grüne) – Klimapolitik nach 2030: Vergleichbarkeit und Auswirkungen auf Wirtschaft und Kantone .....	12
<b>Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte</b> .....	<b>13</b>
Postulat (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft (06.06.2023).....	13
Motion (SR Marianne Maret, Mitte) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen (06.06.2023) .....	13
Postulat (SR Othmar Reichmuth, SVP) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? (13.06.2023).....	13
Postulat (UREK-N) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen (11.03.2024).....	13
Motion (UREK-N) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben (05.12.2024).....	14
Motion (UREK-N) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben (05.12.2024)	14
Postulat (UREK-N) - Stand und Potenzial der Pyrolyse (20.12.2024).....	14
Postulat (UREK-N) - Chemisches Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) (20.12.2024) ....	14
Motion (NR Christophe Clivaz, Grüne) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten (Puff Bars) (04.06.2025).....	14
Motion (SR Jakob Stark, SVP) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen (12.06.2025)	15
Motion (UREK-S) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO <sub>2</sub> (06.05.2025).....	15



Postulat (NR Céline Weber, GLP) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern (06.05.2025) .....	15
Motion (NR Daniel Fässler, Mitte) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen .....	15
Motionen (UREK-S und UREK-N) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes .....	16
Postulat (UREK-S) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO <sub>2</sub> -Gesetz ...	16

## Behandelte Geschäfte

---

### Im Nationalrat (NR)

#### [Motion \(SR, Pierre-Yves Maillard, SP\) - Schaffung einer Wertschöpfungskette für rezykliertes Glas in der Schweiz](#)

Die Motion 24.3540 fordert den Bundesrat auf, rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Produktion und Vermarktung von Recyclingglas in der Schweiz wieder wirtschaftlich wird und Transporte über weite Strecken vermieden werden. Trotz ablehnender Haltung des Bundesrats hat der Ständerat die Motion am 25. September 2025 angenommen, der Nationalrat jedoch am 19. März 2026 abgelehnt, womit das Geschäft erledigt ist.

### Im Ständerat (SR)

#### [Interpellation \(SR Pascal Broulis, FDP\) - Export von bituminösen Abfällen nach Holland. Welche nachhaltigen und wirtschaftlich tragfähigen Alternativen gibt es?](#)

Ständerat Broulis kritisierte, dass die Schweiz bislang keine eigenen Anlagen zur Behandlung von bituminösen, mit PAK belasteten Abfällen aufgebaut hat und diese deshalb nach Rotterdam exportiert werden müssen. Er fragt den Bundesrat, ob in der Schweiz thermische Behandlungsanlagen und neue Deponien des Typs E konkret geplant und rechtzeitig betriebsbereit sein werden, ob die derzeitigen Deponiekapazitäten bis 2028 ausreichen und welche langfristigen, wirtschaftlich tragfähigen Alternativen es zum Export nach Holland gibt. Der Bundesrat antwortet, dass mehrere von der Privatwirtschaft getragene Projekte für thermische Behandlungsanlagen und Deponien des Typs E in der Schweiz in Entwicklung sind, dass Übergangsfristen bereits verlängert wurden und dass nach Einschätzung von Branche und Bundesamt für Umwelt der Markt bis 2026/2028 in der Lage ist, die zusätzlichen Abfallmengen über neue inländische Kapazitäten sowie weiterhin vorhandene Exportmöglichkeiten aufzunehmen. Die Interpellation wurde am 19. März 2026 besprochen und somit erledigt.

#### [Motion \(SR Würth\) - Ausländische Online-Handelsplattformen. Transparenz über in der Schweiz verbotene Produkte herstellen](#)

Die Motion von Ständerat Würth verlangt, dass ausländische Online-Handelsplattformen wie Temu oder Shein Produkte, die nicht den Schweizer Vorschriften etwa zu Produktsicherheit, Umwelt- oder Markenschutz entsprechen, auf ihren schweizerischen Angebotsseiten klar als nicht konform kennzeichnen. Begründet wird dies mit Konsumentenschutz, der Vermeidung von Wettbewerbsverzerrungen gegenüber regelkonformen Anbietern und der besseren Durchsetzung schweizerischer Standards im internationalen Onlinehandel. Der Bundesrat lehnt die Motion ab mit dem Argument, dass Produkte beim Inverkehrbringen ohnehin den rechtlichen Anforderungen genügen müssten und setzt stattdessen auf die Anpassung der bestehenden Produktsicherheits- und Marktüberwachungsregeln im Gleichschritt mit der EU. Der Ständerat hat am 3. März 2026 jedoch die Annahme entschieden, womit das Geschäft nun in der Kommission des Nationalrates ist.

## Pendente Geschäfte

---

### Im Nationalrat (NR)

#### [Interpellation \(NR Bastien Girod, Grüne; übernommen von NR Aline Trede\) - Solidarische Finanzierung von Carbon Capture auf Kehrrechtverbrennungsanlagen](#)

Die Interpellation 24.3958 fordert ein solidarisches Finanzierungssystem. Schweizer Kehrrechtverbrennungsanlagen, um die Klimaziele bis 2050 zu erreichen. Der Bundesrat bestätigt, dass eine einheitliche Erhöhung der Entsorgungstaxen rechtlich möglich ist und verweist auf bestehende Förderprogramme, die innovative Technologien wie CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung unterstützen. Die Stellungnahme des Bundesrates zum Vorstoss liegt seit dem 2. Dezember 2024 vor. Mit dem Austritt von Nationalrat Girod aus dem Parlament hat Nationalrätin Trede das Geschäft übernommen.

#### [Interpellation \(NR Gabriela Suter, SP\) – Standards und Qualität der CO<sub>2</sub> -Entfernung](#)

Die Interpellation 24.4624 thematisiert die Standards und rechtlichen Rahmenbedingungen für CO<sub>2</sub> -Entfernung in der Schweiz, einschliesslich Anforderungen wie Speicherdauer, ökologische Standards und Verifizierbarkeit. Der Bundesrat verweist auf bestehende nationale Regelungen, internationale Richtlinien (z. B. IPCC) und bilaterale Klimakooperationsverträge, betont jedoch, dass freiwillige Zertifikate aus dem EU-Rahmenwerk derzeit nicht an Schweizer Klimaziele angerechnet werden können. Fragen zu Zertifizierungen und langfristigen Speichermethoden sollen im Rahmen der CO<sub>2</sub> -Gesetzesrevision nach 2030 weiter geprüft werden, um die Netto-Null-Ziele zu erreichen.

#### [Interpellation \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - Glas-Kreislaufwirtschaft. Welche Massnahmen zur Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung?](#)

Die Interpellation 24.4332 befasst sich mit der Förderung und Finanzierung der Wiederverwendung von Glasverpackungen in der Schweiz, insbesondere im Hinblick auf die Anpassung des Systems der vorgezogenen Entsorgungsgebühr (VEG) nach der Überarbeitung des Umweltschutzgesetzes. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass die Wiederverwendung von Glasverpackungen bereits in der geltenden Verordnung vorgesehen ist, und die Verwaltung derzeit Möglichkeiten zur Förderung von Mehrwegverpackungen sowie potenzielle Massnahmen im Bereich Verpackungen prüft.

#### [Interpellation \(NR Brenda Tuosto, SP\) - Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten. Hin zu einem wirksameren Rechtsrahmen](#)

Die Nationalrätin kritisiert in ihrer Interpellation 24.4406 den gesetzlichen Rahmen für das Recycling von Elektro- und Elektronikgeräten in der Schweiz als nicht ausreichend verbindlich, insbesondere im Online-Handel, wo einige Anbieter ihre Rücknahmeverpflichtungen und die Erhebung des vorgezogenen Recyclingbeitrags umgehen. Dies führe zu Wettbewerbsverzerrungen und Sicherheitsrisiken durch unsachgemässe Entsorgung, weshalb eine Stärkung des Rechtsrahmens notwendig sei. Der Bundesrat erklärt in seiner Stellungnahme, dass mit der Revision des Umweltschutzgesetzes eine gesetzliche Grundlage für die Vorbereitung zur Wiederverwendung geschaffen wurde und den Onlinehandel somit stärker in die Verantwortung eingebunden

ist, indem ausländische Unternehmen eine Vertretung in der Schweiz bestimmen müssen, die für die rechtlichen Pflichten haftet.

#### [Interpellation \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) – Wie steht die Schweiz zu einer Regulierung der Plastikverschmutzung durch Zigarettenfilter?](#)

Die Interpellation von Nationalrat Clivaz thematisiert die Umwelt- und Gesundheitsgefahren durch Zigarettenfilter, die als weitverbreitete Quelle von Mikroplastik gelten, und fragt nach der Haltung der Schweiz im internationalen UNEP-Prozess sowie zu einem möglichen nationalen Verbot. Der Bundesrat anerkennt die Schädlichkeit von Zigarettenfiltern, betont jedoch, dass ein Verbot das Littering-Problem nicht lösen würde, weshalb er auf einen umfassenden Ansatz mit Prävention, Sensibilisierung, Infrastruktur und Sanktionen setzt. International setzt sich die Schweiz für ein verbindliches Abkommen zum Schutz von Umwelt und Gesundheit entlang des gesamten Kunststoff-Lebenszyklus ein, führt jedoch die Gespräche ergebnisoffen weiter.

#### [Interpellation \(NR Ursula Zybach, SP\) – Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten – Anreize für Praxisänderungen schaffen](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Zybach kritisiert die unnötige Plastikverpackung von Frischgemüse und Früchten und fragt nach Mengen, Anreizen und Regulierungen. Der Bundesrat hält fest, dass keine systematische Datenerhebung zu diesen Verpackungen vorliegt und verweist auf bestehende rechtliche Grundlagen, die Eingriffe ermöglichen würden, sieht aber derzeit die Verantwortung beim Detailhandel, passende Lösungen zu wählen. Konsumentendruck sowie laufende Massnahmen zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft und zum Ausbau von Recyclingstrukturen seien aus Sicht des Bundesrats ausreichend, weshalb er aktuell keine zusätzlichen Schritte plant.

#### [Interpellation \(NR Martine Docourt, SP\) - Verhandlungen über ein globales Abkommen gegen die Plastikverschmutzung. Bilanz und wie weiter?](#)

Die Interpellation 25.4072 von Nationalrätin Docourt verlangt vom Bundesrat eine Bilanz der gescheiterten fünften Verhandlungsrunde zum globalen Plastikabkommen in Genf, präzisierende Fragen zur Rolle der Schweiz und zu ihren weiteren diplomatischen sowie nationalen Massnahmen zur Reduktion von Plastik, inklusive möglicher Verbote von Einwegprodukten gestützt auf Artikel 30a USG. Der Bundesrat betont, dass er sich international weiterhin für ein umfassendes, lebenszyklusbasiertes Plastikabkommen einsetzt und national bereits verschiedene Schritte wie die Revision der Verpackungsverordnung, die Einführung einer einheitlichen Littering-Busse und Beschränkungen für Mikroplastik vorantreibt, um die Plastikverschmutzung wirksam zu bekämpfen.

#### [Interpellation \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) - Für ein wirksames Plastikabkommen und weniger Plastik in der Schweiz. Wie weiter nach dem Scheitern von Genf?](#)

Die Interpellation 25.4228 thematisiert das Scheitern der fünften UNO-Verhandlungsrunde in Genf zu einem globalen Plastikabkommen und verlangt vom Bundesrat Auskunft, wie die Schweiz das Ziel eines rechtsverbindlichen Abkommens über den gesamten Lebenszyklus von Kunststoffen weiterverfolgt, Entwicklungsländer unterstützt und gleichzeitig ihren eigenen hohen Plastikverbrauch sowie den Export von Plastikabfällen reduziert. In seiner Antwort hält der Bundesrat fest, dass die Verhandlungen zwar ohne Einigung geblieben sind, die Schweiz sich aber

weiterhin für ein umfassendes, wirksames Abkommen einsetzt, Entwicklungsländer finanziell und technisch unterstützt und national mit einer neuen Verpackungsverordnung, einer einheitlichen Littering-Busse, Beschränkungen für Mikroplastik sowie streng geregelten Exporten von Kunststoffabfällen zusätzliche Massnahmen gegen Plastikverschmutzung vorantreibt.

#### [Interpellation \(NR Roman Bürgi, SVP\) - Gebührenexplosion bei Abfallsäcken durch CO<sub>2</sub>-Abscheidung in KVA](#)

Die Interpellation 25.4142 thematisiert die Sorge, dass der Einbau von CO<sub>2</sub>-Abscheidungsanlagen in Kehrrechtverbrennungsanlagen zu massiv höheren Abfallgebühren für Haushalte führen könnte, und stellt dazu detaillierte Fragen zu Investitions-, Betriebs- und Folgekosten sowie zu deren Verteilung. Der Bundesrat hält fest, dass KVA zur Erreichung des Netto-Null-Ziels bis 2050 ebenfalls ihre Emissionen stark reduzieren müssen und verweist auf grobe Kostenschätzungen eines gesamtschweizerischen CCS-Systems, betont aber, dass konkrete Mehrkosten pro Abfallsack heute noch nicht abschliessend beziffert werden können. Er erklärt zudem, dass KVA derzeit keine direkten Bundesgelder erhalten, aber über bestehende Förderinstrumente Unterstützung beantragen können und dass verschiedene Finanzierungs- und Regulierungsoptionen – einschliesslich möglicher zukünftiger Einbindung ins Emissionshandelssystem oder neuer Abgabenmodelle – für die Zeit nach 2030 geprüft werden.

#### [Motion \(Fraktion SVP\) – Zurück zur Vernunft. Austritt aus dem Pariser Klimaübereinkommen](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion aufgefordert einerseits den Austritt der Schweiz aus dem Übereinkommen von Paris auf den nächstmöglichen Termin vorzunehmen und andererseits die nationale Gesetzgebung dahingehend anzupassen, dass die Versorgungssicherheit der Schweiz und die Wirtschaftlichkeit im Mittelpunkt der Energie- und Umweltpolitik stehen. In seiner Stellungnahme mit Antrag auf Ablehnung verweist der Bundesrat auf das neue Klimaschutzgesetz (KIG), dem revidierten CO<sub>2</sub>-Gesetz und dem Gesetz zur sicheren Stromversorgung. Mit diesen Gesetzen verfolge die Schweiz das Ziel, bis 2050 Netto-Null-Emissionen zu erreichen und ihre Energieversorgung auf erneuerbare Quellen umzustellen. Der Bundesrat ist dabei an das Pariser Klimaübereinkommen gebunden, dessen Kündigung nur durch die Bundesversammlung möglich wäre, während gleichzeitig der Ausbau der heimischen, klimafreundlichen Stromproduktion und die Versorgungssicherheit zentrale Schwerpunkte der Energiepolitik bleiben. Die Besprechung im Erstrat steht an.

#### [Motion \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - \(Fast\)fashion. Kreislaufwirtschaft mithilfe eines Schweizer Fonds für nachhaltige Mode](#)

Die Motion fordert die Einführung eines vorgezogenen, ökologisch abgestuften Recyclingbeitrags für neue Textilien, um einen Fonds für nachhaltige Mode zu schaffen und die Kreislaufwirtschaft in der Branche zu fördern. Hintergrund ist die zunehmende Menge minderwertiger Fast-Fashion-Textilien, von denen in der Schweiz jährlich etwa 96.700 Tonnen anfallen und mehr als die Hälfte verbrannt oder als Putzlappen verwendet wird, während nur 37 Prozent wiederverwendet werden. Der Bundesrat unterstützt derzeit stattdessen ein freiwilliges Branchensystem und empfiehlt die Prüfung einer gesetzlichen Recyclinggebühr erst, falls die freiwillige Finanzierung nicht funktioniert. Entsprechend lehnt er die Motion ab. Die Besprechung im Erstrat steht an.

### [Motion \(NR Ursula Zybach, SP\) - Einschränkung von Kunststoffprodukten für den Unterwegskonsum und nationale Glaubwürdigkeit](#)

Die Motion 25.3925 beauftragt den Bundesrat, eine Mehrwegpflicht oder Verbote für Einwegkunststoffprodukte wie Geschirr, Besteck und Plastiksäcke im Take-away-Bereich zu erlassen. Damit soll die hohe Umweltbelastung durch Plastikmüll reduziert und die Glaubwürdigkeit der Schweiz gestärkt werden, die sich international für ein strenges Plastikabkommen einsetzt, national jedoch auf griffige Massnahmen verzichtet. In seiner ablehnenden Stellungnahme weist der Bundesrat darauf hin, dass er die laufenden Vernehmlassungen abwarten möchte, bevor weitere Massnahmen geprüft werden. Die Besprechung im Erstrat steht an.

### [Motion \(NR Marionna Schlatter, Grüne\) – Plastiksack-Comeback verhindern – mit einem Verbot](#)

Der Bundesrat wird durch diese Motion 25.3929 aufgefordert, ein Verbot für das Inverkehrbringen von kurzlebigen Einwegplastikprodukten – insbesondere Plastiksäcken – zu erlassen, um den Eintrag von Mikroplastik in die Umwelt und den menschlichen Organismus wirksam zu begrenzen. Damit soll verhindert werden, dass die bisher durch freiwillige Branchenvereinbarungen erreichten Fortschritte bei der Reduktion von Plastiksäcken wieder verloren gehen. Der Bundesrat lehnt diese Motion in seiner Stellungnahme ab und begründet diese Haltung durch die laufende Reduktion der Einweg-Plastiksäcke und der laufenden Vernehmlassung der Verpackungsverordnung. Die Besprechung im Erstrat steht an.

### [Motion \(NR Reto Nause, Mitte\) - Brandgefährlich! Kostendeckende Vergütung als Voraussetzung einer Branchenanerkennung im Bereich von E+E Recycling](#)

Die Motion fordert, dass private Branchenorganisationen für elektrische und elektronische Geräte mit Batterien einen Recyclingbeitrag erheben müssen, der die vollen Kosten der Abfall- und Recyclingbetriebe inkl. der Risiken und Folgekosten von Fehlwürfen deckt. Hintergrund ist die starke Zunahme von Bränden in Schweizer Recyclingbetrieben durch falsch entsorgte Lithium-Ionen-Batterien, die sich bei Beschädigung entzünden und teure Schäden verursachen können. Ziel ist, die Vergütung an die Recyclingbetriebe so auszugestalten, dass die Risiken durch Batteriefehlwürfe finanziell abgedeckt werden und die Anerkennung der Branchenorganisationen daran gebunden ist. In seiner Stellungnahme vom 26. November 2025 erklärt der Bundesrat, dass es den Branchenorganisationen grundsätzlich freisteht, «die Teilnehmer am freiwilligen Branchensystem auch für die Risiken und Folgekosten aus Fehlwürfen von Lithium-Ionen-Batterien zu entschädigen.» Der Bundesrat verweist zudem auf die laufende Vernehmlassung zum neu geschaffenen Art. 32a ter USG betreffend freiwilligen Branchenorganisationen. Die Besprechung im Erstrat steht an.

### [Motion \(NR Christian Imark, SVP\) – Recyclinggebühr für die Brandbekämpfung in Abfall- und Recyclingbetrieben einsetzen](#)

Die Motion des UREK-N Präsidenten fordert, die vorgezogene Entsorgungsgebühr (VEG) auf Altbatterien deutlich zu erhöhen und gezielt für Kampagnen und Präventionsmassnahmen zu verwenden, um Fehlwürfe und damit Brandgefahren bei der Entsorgung insbesondere von Lithium-Ionen-Batterien zu reduzieren. Hintergrund sind die zunehmenden Brandvorfälle in Schweizer Abfall- und Recyclingbetrieben durch falsch entsorgte Batterien, die trotz aktueller Sensibilisierungsmassnahmen weiterhin zu erheblichen und oft teuren Schäden führen. Ein Teil

der VEG soll künftig in einen Fonds fliessen, der gezielt vorbeugende Schutzmassnahmen der Betriebe finanziert und für wiederholende Öffentlichkeitsarbeit zur sicheren Batterienentsorgung eingesetzt wird. In seiner ablehnenden Antwort vom 26. November 2025 informiert der Bundesrat darüber, dass die Sensibilisierungskampagne von INOBAT im Jahr 2026 auf korrektes Batterierecycling fokussieren wird. Zudem betont der Bundesrat, dass Präventionsmassnahmen in der Verantwortung der Unternehmen liegen und eine neue staatliche Finanzierungsabgabe verfassungsrechtlich nicht zulässig wäre. Die Besprechung im Erstrat steht an.

### [Interpellation \(NR Christine Bulliard-Marbach\) – CO<sub>2</sub>-Kompensation nach 2030](#)

Die Interpellation vom 16. Dezember 2025 fragt den Bundesrat, wie stark die Schweiz ihre Emissionen bis 2035 und 2040 im Inland senken will, wie gross danach noch die verbleibende Ziellücke ist und wie sich die Kosten von inländischer Reduktion im Vergleich zu ausländischen CO<sub>2</sub>-Zertifikaten bis 2050 entwickeln. Der Bundesrat antwortet, dass dies heute noch nicht genau beziffert werden kann, weil die konkrete Ausgestaltung der Massnahmen nach 2030 und die noch zu erarbeitende Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes entscheidend sind; eine umfassende Wirkungs- und Kostenanalyse läuft im Rahmen einer Regulierungsfolgenabschätzung. Er hält fest, dass derzeit Auslandzertifikate deutlich günstiger sind als viele Inlandmassnahmen, die Kosten pro inländischer Tonne CO<sub>2</sub> aber breit streuen und durch technologischen Fortschritt teilweise sinken dürften, während die Preise für Auslandsvermindierungen tendenziell steigen und Einnahmen aus Emissionshandelssystemen möglichst vollständig für die Dekarbonisierung im Inland eingesetzt werden sollen.

### [Motion \(NR Lorenzo Quadri, LEGA\) - Nein zu neuen Klimaabgaben. Keine nationale Abfallentsorgungsgebühr](#)

Die Motion von Nationalrat Quadri verlangt, dass der Bundesrat auf die Einführung einer nationalen Abfallentsorgungs- bzw. Klimagebühr zur Finanzierung der Mehrkosten einer neuen CO<sub>2</sub>-Abscheidungsanlage verzichtet, auch wenn dafür eine bestehende Vereinbarung von 2022 mit dem VBSA aufzulösen wäre. Begründet wird dies mit der drohenden Verteuerung der Abfallsäcke um bis zu zwei Franken pro 35-Liter-Sack, was als unzumutbare zusätzliche Belastung der Bevölkerung kritisiert wird. Der Bundesrat entgegnet, dass die Vereinbarung keine Pflicht zur Einführung einer neuen Abgabe enthält, dass Finanzierungslösungen noch erarbeitet und in anstehenden Gesetzesrevisionen zu CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Transport und -Speicherung geregelt werden sollen, und beantragt daher die Ablehnung der Motion.

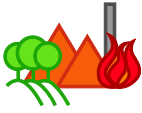
## **Im Ständerat (SR)**

Keine

## **Standesinitiative**

### [Standesinitiative \(Kanton Genf\) – Reduktion der in Deponien gelagerten Schlackenmangel](#)

Der Grosse Rat des Kantons Genf fordert die Bundesversammlung auf, den Bundesrat zu ersuchen, «die Abfallverordnung (VVEA) dahingehend zu ändern, dass eine bessere Verwertung von Schlacke erreicht und gleichzeitig ein angemessener Schutz der Bevölkerung und der Umwelt aufrechterhalten bleibt». Zudem sollen «Produkte, bei denen durch die Verbrennung besonders viel Schlacke entsteht oder die Toxizität besonders stark steigt, zu verbieten oder stark zu besteuern, wenn es ein Alternativprodukt gibt.» Dabei wird insbesondere der mineralische



Katzenstreu erwähnt, für welchen es Alternativen gibt. Das Geschäft ist an die behandelnde Kommission zugewiesen.

## Neu eingereichte Geschäfte

---

### Im Nationalrat (NR)

#### [Interpellation \(NR Wismer-Felder, Mitte\) – Klimapolitik nach 2030: Vergleichbarkeit und Auswirkung auf erneuerbare Energien](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Wismer-Felder fordert Klarheit über die Auswirkungen des geplanten Systemwechsels in der Schweizer Klimapolitik ab 2030, bei dem die CO<sub>2</sub>-Abgabe durch ein Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr ersetzt werden soll. Sie betont, dass derzeit rund 40 Mio. CHF aus der CO<sub>2</sub>-Abgabe jährlich in die Förderung erneuerbarer Energien fließen, was zentral für Dekarbonisierung, Effizienz und Versorgungssicherheit ist. Der Bundesrat soll daher erklären, wie künftig die Förderung erneuerbarer Energien gesichert, finanziert und bewertet wird.

#### [Interpellation \(NR Ursula Zybach, SP\) - Klimapolitik nach 2030: Vergleichbarkeit und Auswirkungen - Wissenschaftsbasis](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Zybach thematisiert den wissenschaftlichen Unterbau der Schweizer Klimapolitik nach 2030, insbesondere im Zusammenhang mit dem geplanten Emissionshandelssystem für Gebäude und Verkehr. Sie fordert vom Bundesrat Auskunft darüber, wie evidenzbasierte Forschung und Szenarien in die politischen Entscheidungsprozesse einfließen und wie Hochschulen wie ETHZ und EPFL dabei eingebunden werden. Zudem möchte sie wissen, ob ein institutionalisierter, transparenter Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zur Klima- und Energiepolitik geplant ist.

#### [Interpellation \(NR Matthias Samuel Jauslin, Grüne\) - PFAS: Wer zahlt die Milliardenrechnung der Ewigkeitschemikalien?](#)

Nationalrat Jauslin thematisiert in seiner Interpellation die bereits heute sehr hohen und künftig potenziell auf bis zu 26 Milliarden CHF steigenden Gesundheits- und Sanierungskosten durch PFAS sowie die Frage, wer diese „Milliardenrechnung“ trägt. Er kritisiert, dass Verursacher oft nicht identifiziert werden können und damit Gemeinwesen oder private Eigentümer zahlen müssen, obwohl eine lenkende Abgabe an der Quelle vom Bundesrat abgelehnt wurde. Der Bundesrat soll deshalb darlegen, mit welchen volkswirtschaftlichen und fiskalischen Kostenszenarien er rechnet, welche Finanzierungsmodelle (inklusive möglicher Mehrwertsteuererhöhung) geprüft werden und ob der Aktionsplan PFAS ein klares Finanzierungskonzept enthält.

#### [Interpellation \(NR Sophie Michaud Gigon, Grüne\) - Online-Versandhandelsplattformen : Trittbrettfahrer in der Finanzierung der Schweizer Recyclingsysteme](#)

Die Interpellation von Nationalrätin Michaud Gigon kritisiert, dass internationale Online-Versandhandelsplattformen wie Temu oder Shein zwar stark vom Schweizer Markt profitieren, aber kaum zur Finanzierung der hier etablierten, branchengetragenen Recyclingsysteme beitragen. Sie weist darauf hin, dass die aktuelle Umsetzung von Artikel 32a ter USG und der Entwurf von Art. 6a VVEA vor allem ausländische Hersteller und Händler erfasst, nicht aber die Plattformen selbst, wodurch die Trittbrettfahrerproblematik bestehen bleibt. Der Bundesrat wird daher gefragt, wie er dieses Problem beurteilt, warum Plattformen nicht ausdrücklich einbezogen werden und welche rechtlichen Anpassungen geprüft werden, um sie wirksam in die Produzentenverantwortung einzubinden.

### Motion (NR Regine Sauter, FDP) – Wirksames Recycling von Textilien

Nationalrätin Sauter verlangt in ihrer Motion, dass der Bundesrat eine rechtliche Grundlage für eine branchengetragene Lösung im Textilrecycling schafft, analog zum bestehenden PET-System. Vorgesehen sind eine Klärung, dass erfasste Textilien nicht mehr unter das kantonale Abfallmonopol fallen, eine präzise Definition des Geltungsbereichs (u.a. Kleidung, Haushaltstextilien, Arbeitskleidung) sowie Wiederverwertungs- und stoffliche Verwertungsziele von 60 Prozent mit transparentem Nachweis, auch für ausländische Inverkehrbringer. Zur Umsetzung soll insbesondere eine spezifische Textilrecycling-Verordnung erarbeitet werden, um die heterogene Textilbranche wirksam in eine Kreislaufwirtschaft einzubinden.

### Motion (NR Simon Stadler, Mitte) - Gleichbehandlung von Online-Plattformen bei Rücknahme- und Entsorgungspflichten gemäss VREG

Die Motion von Nationalrat Stadler verlangt, dass Online-Plattformen, die elektrische und elektronische Geräte aus dem Ausland an Schweizer Endkunden vertreiben, rechtlich wie Hersteller oder Händler behandelt und damit in die Rücknahme- und Entsorgungspflichten der VREG einbezogen werden. Konkret soll der Händlerbegriff in Art. 3 VREG erweitert und «Bereitstellen auf dem Markt» legal definiert werden, etwa anhand von Produktauftritt, Preisangabe, Lieferbedingungen und Zahlungsmitteln. Dadurch sollen Wettbewerbsverzerrungen und ungerechtfertigte Kostenvorteile für ausländische Anbieter beseitigt, der Umweltschutz gestärkt und eine verursachergerechte Entsorgung sichergestellt werden.

### Parlamentarische Initiative (NR Monika Rüeegg, SVP) - Ausländische Online-Handelsplattformen dem USG unterstellen

Die parlamentarische Initiative von Nationalrätin Rüeegg verlangt, dass ausländische Online-Handelsplattformen wie Temu oder Shein ausdrücklich in die umweltrechtlichen Abgabe- und Recyclingpflichten des Umweltschutzgesetzes einbezogen werden. Dazu sollen die einschlägigen Artikel 32abis ff. USG so angepasst werden, dass Betreiber elektronischer Plattformen den Herstellern, Importeuren und ausländischen Versandhändlern gleichgestellt und bei Bedarf zur Benennung einer Vertretung in der Schweiz verpflichtet werden können. Ziel ist, dass diese Plattformen ebenfalls vorgezogene Entsorgungsgebühren bezahlen und nicht länger von der Finanzierung der Entsorgung und des Recyclings ausgenommen bleiben.

## **Im Ständerat (SR)**

### Interpellation (SR Mathias Zopfi, Grüne) – Klimapolitik nach 2030: Vergleichbarkeit und Auswirkungen auf Wirtschaft und Kantone

Die Interpellation von Ständerat Zopfi fordert Auskunft über die wirtschaftlichen und föderalen Folgen des geplanten Systemwechsels von der CO<sub>2</sub>-Abgabe zu einem Emissionshandelssystem (EHS) für Gebäude und Verkehr. Er möchte wissen, wie die Bevölkerung trotz Wegfall direkter Rückerstattungen überzeugt werden soll und wie die künftig entstehenden Einnahmen aus dem EHS verwendet werden. Zudem fragt er nach der Ausgestaltung des Systems, der Mittelverwendung zwischen Sektoren sowie der Evaluation der Auswirkungen auf Wirtschaft und Kantone.

## Dem Bundesrat zur Umsetzung überwiesene Geschäfte

---

Die folgenden Dossiers wurden dem Bundesrat überwiesen und befinden sich in der Umsetzung. In der Regel hat der Bundesrat nach der Verabschiedung (Datum in Klammern) zwei Jahre Zeit, um das Dossier zu behandeln:

### [Postulat \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Förderung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zur Stärkung der Kreislaufwirtschaft \(06.06.2023\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Verbesserung des Recyclings von Altfahrzeugen in der Schweiz zu entwickeln, um die Kreislaufwirtschaft zu stärken und den Verlust von Rohstoffen durch den Export alter Fahrzeuge zu verhindern. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass das Recycling von Altfahrzeugen in der Schweiz bereits gut funktioniert, mit 97% der Altfahrzeuge, die von Schweizer Schredderwerken verarbeitet und recycelt werden. Der Nationalrat nahm das Postulat am 6. Juni 2023 an und überwies es dem Bundesrat.

### [Motion \(SR Marianne Maret, Mitte\) - Festlegung von PFAS-spezifischen Werten in Verordnungen \(06.06.2023\)](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, in verschiedenen Verordnungen spezifische Grenzwerte und Konzentrationswerte für Per- und polyfluorierte Alkylverbindungen (PFAS) festzulegen, um die Gesundheit der Bevölkerung zu schützen und den Kantonen einen rechtlichen Rahmen für den Umgang mit PFAS-Belastungen zu geben. Die Motionärin betont die besondere Gefährlichkeit von PFAS als ubiquitäre, persistente, bioakkumulierbare, toxische und mobile Stoffe, deren gesundheitliche Risiken noch besorgniserregender sind als ursprünglich angenommen. Der Bundesrat beantragt die Annahme der Motion, die von beiden Räten angenommen wurde.

### [Postulat \(SR Othmar Reichmuth, SVP\) - Wäre eine vorgezogene Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr bei Kunststoffen zeitgemäss? \(13.06.2023\)](#)

Durch das Postulat wird der Bundesrat aufgefordert, die Einführung einer vorgezogenen Kohlenstoff-Entsorgungsgebühr auf Kunststoffe zu prüfen und verschiedene Fragen zur Umsetzung, Finanzierung und gesetzlichen Grundlagen zu beantworten. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und verweist auf bereits bestehende Berichte, laufende Arbeiten und Verpflichtungen der Branche zur CO<sub>2</sub>-Reduktion bei Kehrlichtverbrennungsanlagen. Trotz dem Antrag auf Ablehnung durch den Bundesrat wurde das Postulat vom Ständerat am 13. Juni 2023 angenommen.

### [Postulat \(UREK-N\) - Raumplanerische Grundlagen für die Versorgungssicherheit mit inländischen Baumaterialien schaffen \(11.03.2024\)](#)

Das Postulat 20.4332 fordert den Bundesrat auf, raumplanerische Lösungen für den Abbau, das Recycling und das Deponieren von Primärrohstoffen sowie die Entsorgung nicht wiederverwertbarer Abfälle zu erarbeiten, um die Versorgungssicherheit mit inländischem Baumaterial sicherzustellen. Der Bundesrat lehnte das Postulat ab und argumentierte, dass die Raumplanung gemäss Verfassung den Kantonen obliegt und diese mit der kantonalen Richtplanung über geeignete Instrumente verfügen. Er betonte, dass der Bund bereits wichtige Grundlagen erarbeitet hat und die aktuelle Versorgungslage sich entspannt hat, weshalb momentan kein besonderer

Handlungsbedarf besteht. Der Nationalrat nahm das Postulat am 11. März 2024 an und überwies es dem Bundesrat.

#### [Motion \(UREK-N\) - VOC -Lenkungsabgaben aufheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 23.3022 fordert den Bundesrat auf, eine Strategie zur Reduktion von Mikroplastik in der Umwelt zu erarbeiten und dem Parlament einen Bericht mit konkreten Massnahmen vorzulegen. Der Bundesrat lehnte die Motion ab, da er bereits verschiedene Massnahmen zur Reduktion von Mikroplastik ergriffen hat und weitere plant, wie beispielsweise die Erarbeitung eines Aktionsplans Mikroplastik. Er verwies zudem auf laufende, internationale Verhandlungen für ein globales Plastikabkommen, deren Ergebnisse in die nationalen Massnahmen einfließen sollen. Nach Annahme des Ständerates und Modifikation des Nationalrates wurde die Motion durch erneute Zustimmung des Ständerates am 5. Dezember 2024 dem Bundesrat überwiesen.

#### [Motion \(UREK-N\) - Regulatorische Blockade beim Zink-Recycling beheben \(05.12.2024\)](#)

Die Motion 24.3475 fordert den Bundesrat auf, die Abfallverordnung (VVEA) zu ändern, um die regulatorische Blockade beim Zink-Recycling zu beheben und Rechtssicherheit für das SwissZinc-Projekt zu schaffen. Der Bundesrat unterstützte die Motion und schlug vor, Rückstände aus der Verbrennung von Siedlungsabfällen ebenfalls als Siedlungsabfälle zu qualifizieren, wodurch sie unter das Siedlungsabfallmonopol fallen und nicht dem Wettbewerbsrecht unterliegen. Die Motion wurde sowohl vom Nationalrat als auch vom Ständerat angenommen.

#### [Postulat \(UREK-N\) - Stand und Potenzial der Pyrolyse \(20.12.2024\)](#)

Das Postulat fordert den Bundesrat auf, einen Bericht über die Vorteile der Pyrolyse von fossilen, biologischen und gemischten Abfällen zu erstellen, der den Nutzen und die Energieeffizienz dieser Technologie sowie die daraus gewinnbaren Treibstoffe thematisiert. Der Bericht soll auch den Nutzen der Pyrolyse für die Energiespeicherung und Negativemissionen hervorheben sowie konkurrierende Technologien und Unterstützungsmöglichkeiten aufzeigen. Der Bundesrat beantragte die Annahme des Postulats, welches am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen wurde.

#### [Postulat \(UREK-N\) - Chemisches Recycling von Kunststoffen \(Pyrolyse\) \(20.12.2024\)](#)

Der Bundesrat wird durch das Postulat aufgefordert, einen Bericht über die Auswirkungen einer Steuererleichterung für Treibstoffe aus dem chemischen Recycling von Kunststoffen (Pyrolyse) zu erstellen, der Einnahmeausfälle, mögliche Importanreize und CO<sub>2</sub>-Bilanz-Effekte untersucht. Der Bundesrat ist bereit, diese Aspekte im Rahmen eines bereits geplanten Berichts zum Potenzial der Pyrolyse zu behandeln, steht Steuererleichterungen jedoch kritisch gegenüber und verwies auf die Befristung bestehender Vergünstigungen für erneuerbare Treibstoffe bis 2030. Das Postulat wurde vom Bundesrat zur Annahme empfohlen und am 20. Dezember 2024 vom Nationalrat angenommen.

#### [Motion \(NR Christophe Clivaz, Grüne\) - Für ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten \(Puff Bars\) \(04.06.2025\)](#)

Die Motion 23.3109 fordert ein Verbot von elektronischen Einwegzigaretten ("Puff Bars"), da diese besonders bei Jugendlichen sehr beliebt sind, ein hohes Suchtpotenzial durch Nikotin

aufweisen und gleichzeitig massive Umweltprobleme durch ihre Wegwerfnatur und schwer recycelbare Komponenten verursachen. Obwohl der Bundesrat die Motion im 2023 zur Ablehnung empfahl, wurde sie vom Nationalrat und Ständerat angenommen und an den Bundesrat überwiesen. In der Stellungnahme verweist Bundesrätin Baume-Schneider u.a. auf die bereits bestehenden gesetzlichen Grundlagen für ein mögliches Verbot von Einwegprodukten aus Umweltschutzgründen, sieht aber ein nationales Verbot derzeit als verfrüht an, da noch offene Fragen zur internationalen Rechtslage sowie zur Wirksamkeit der neuen Massnahmen bestehen.

#### [Motion \(SR Jakob Stark, SVP\) - Deponieraum für Holzaschen sicherstellen \(12.06.2025\)](#)

Diese Motion (24.4064) fordert die Sicherstellung der Deponierung von Holzaschen, bis sinnvolle Verwertungsmöglichkeiten verfügbar sind. Der Bundesrat hat am 27. November 2024 die Annahme beantragt, der Ständerat stimmte am 3. Dezember 2024 und der Nationalrat am 12. Juni 2025 zu. Demnach soll der Bundesrat die Abfallverordnung (VVEA), besonders für Filtersaschen aus Altholzverbrennung anpassen und die Zusammenarbeit zwischen Akteuren im Rahmen bestehender Gesetze fördern.

#### [Motion \(UREK-S\) - Nationale Regelung zu Abscheidung, Transport und Speicherung von CO<sub>2</sub> \(06.05.2025\)](#)

Diese Motion 24.4256 beauftragt den Bundesrat auf, eine Rahmengesetzgebung für CO<sub>2</sub>-Abscheidung, -Transport und -Speicherung auszuarbeiten. Diese soll harmonisierte Regelungen, Finanzierungslösungen und vereinfachte Bewilligungsverfahren umfassen. Der Ständerat nahm die Motion am 5. Dezember 2024, der Nationalrat am 6. Mai 2025 an womit sie dem Bundesrat übertragen wurde. Der Bundesrat betonte in seiner Stellungnahme und Antrag auf Annahme der Motion die Notwendigkeit solcher Technologien und strebt verursachergerechte Finanzierungslösungen an.

#### [Postulat \(NR Céline Weber, GLP\) - Verpackungen. Rahmenbedingungen schaffen, die die Wiederverwendung fördern \(06.05.2025\)](#)

Das Postulat 24.4378 zielt darauf ab, Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Wiederverwendung von Verpackungen fördern. Es wird vorgeschlagen, Unternehmen, die Glasflaschen wiederverwenden, von der Pfandpflicht zu befreien, um innovative Systeme zur Wiederverwendung zu unterstützen. Der Bundesrat hat die Annahme des Postulates beantragt und verwies in seiner Stellungnahme darauf, dass voraussichtlich im ersten Halbjahr 2025 eine Vernehmlassung zur Förderung von Mehrwegverpackungen aus Glas eröffnet wird. Der Nationalrat nahm das Geschäft im Mai 2025 an und überwies es an den Bundesrat.

#### [Motion \(NR Daniel Fässler, Mitte\) - Biomasseanlagen in der Schweiz nicht gefährden, sondern erhalten und ausbauen](#)

Die Motion fordert den Bundesrat auf, Gesetzesänderungen vorzunehmen und Massnahmen zu ergreifen, um den wirtschaftlichen Betrieb von Biomasseanlagen (Holz und Biogas) in der Schweiz auch in Zukunft zu gewährleisten. In seiner Stellungnahme erkennt der Bundesrat die Biomasse als nachhaltige und CO<sub>2</sub>-neutrale Energiequelle mit einem festen Platz im erneuerbaren Energiemix der Schweiz und fördert sie durch Investitionsbeiträge von bis zu 60 % für neue, erweiterte oder renovierte Anlagen. Obwohl er die Anliegen der Motion prüft, beantragte er deren Ablehnung, da bereits laufende Rechtsetzungsprojekte wie die Revision des Energiegesetz-

zes und das CO<sub>2</sub>-Gesetz Fördermassnahmen für Biomasseanlagen enthalten. Nach einem hin und her zwischen den beiden Räten, inklusive der Abschreibung im Rahmen eines anderen Geschäfts durch den Ständerat, beschloss der Nationalrat, dass das Geschäft trotz allem nicht abgeschlossen wird und übermittelte es dem Bundesrat.

#### [Motionen \(UREK-S und UREK-N\) - Stärkung nachhaltiger Baustoffe über die Vorbildfunktion des Bundes](#)

Die Motionen 25.3422 der UREK-S sowie 25.3426 der UREK-N fordert den Bundesrat auf, die Umsetzung von Artikel 10 des Klima- und Innovationsgesetzes zu beschleunigen und verbindliche Vorgaben zu schaffen, damit bei der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Baustoffe – insbesondere Stahl, Zement, Asphalt, Aluminium, Dämmstoffe und Holz – bevorzugt werden und so deren Produktion gestärkt wird. Ziel ist es, durch die Vorbildfunktion des Bundes und die Hebelwirkung der öffentlichen Aufträge nachhaltige Baustoffe wettbewerbsfähiger zu machen und das inländische Potenzial besser zu nutzen. Der Bundesrat hat die Annahme der Motionen empfohlen und die Räte haben sie dem Bundesrat überwiesen.

#### [Postulat \(UREK-S\) - Grundlagen für ein neues schlankes und wirksames CO<sub>2</sub> -Gesetz](#)

Das Postulat beauftragt den Bundesrat, die Grundlagen für ein neues, schlankes und wirksames CO<sub>2</sub>-Gesetz zu prüfen, das auf vier Prinzipien basiert: verursachergerechte Abgaben auf alle Emissionen, dynamisch angepasste Abgabenhöhe, Rückerstattung der Einnahmen abzüglich Verwaltungskosten, und eine Abgabe auf den CO<sub>2</sub>-Fussabdruck importierter Produkte. Dabei sollen auch die wirtschaftlichen, politischen und administrativen Auswirkungen eingehend betrachtet werden. Der Bundesrat hielt in seiner Stellungnahme von Ende August 2025 das Anliegen für prozedural und inhaltlich verfrüht und wollte die Punkte im Rahmen der laufenden Revision des CO<sub>2</sub>-Gesetzes angehen. Durch die Annahme des Postulates durch den Ständerat wurde es jedoch bereits jetzt dem Bundesrat überwiesen.